



Mehrheiten sind möglich

Entscheidung über Christof Noldas Wiederwahl vertagt

Die Entscheidung über die Vornahme der Wiederwahl des grünen Baudezernenten Christof Nolda ist vertagt. Ein Antrag der SPD-Fraktion, diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen, fand in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit. Neben den Grünen, Teilen der Linke und zwei Mitgliedern der FDP-Fraktion stimmten auch die Freien Wähler und Piraten zu, obwohl diese den Antrag entgegen dem Wunsch der Grünen auf der Tagesordnung gelassen haben.

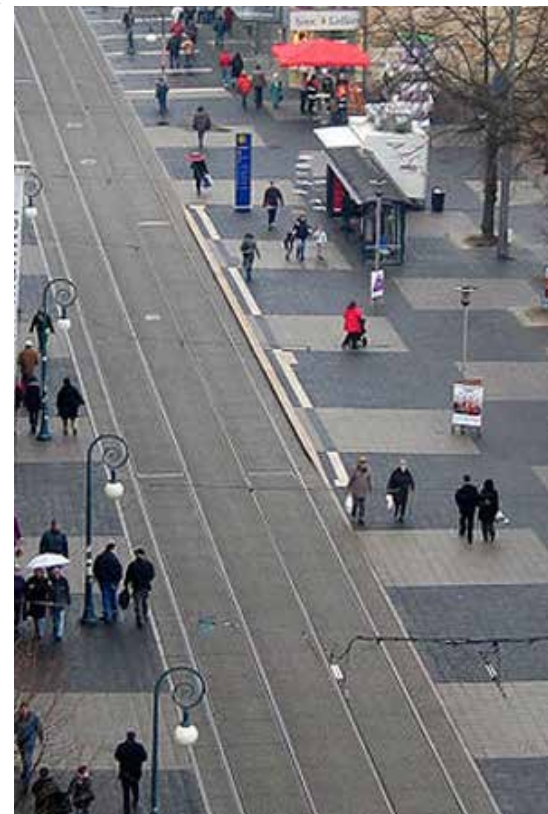


Dieter Beig

Die Grünen begrüßen es, dass es nicht zum Showdown mit dem früheren Kooperationspartner SPD gekommen ist, die sich im Vorfeld gegen die Vornahme der Wiederwahl ausgesprochen hatte. „Dennoch hat die Abstimmung gezeigt, dass Mehrheiten jenseits einer großen Koalition möglich sind, wenn es die SPD will“, betont Dieter Beig. Der Grünen-Fraktionsvorsitzende wertet es als ein gutes Signal für die wichtigen Aufgaben, die für 2017 und in

den kommenden Jahren anstehen. Dazu zählen beispielsweise die Umsetzung des Kommunalen Investitionsprogramms mit unter anderem Schul-, Rathaus- und Straßensanierungen, des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Kasseler Osten und die Liniennetzreform. Dafür und auch für Entscheidungen beispielsweise zum Tourismuskonzept und zur Kulturhauptstadtbewerbung ist der Magistrat gefordert, mit Sachverstand und städtebaulicher Kontinuität die Weichen für weitere erfolgreiche Politik zu stellen. „Dafür steht Christof Nolda, der auch in Zukunft die Stadt voranbringen kann“, macht Dieter Beig im Hinblick auf eine mögliche Wiederwahl des Stadtbaurats deutlich. Ob es zur Vornahme einer Wahl kommen soll, wollen die Stadtverordneten am 8. Mai beschließen.

Dieter Beig betont, dass die Grünen sich auch künftig gern mit der SPD der Verantwortung für Kassel stellen wollen. „Eine Zusammenarbeit bieten uns bislang die Freien Wähler/Piraten sowie Teile der FDP-Fraktion an. Auch die Linken senden Signale aus, dass sie an einer sozial-ökologischen Stadtpolitik Interesse haben.“



Mehr Kontrolle und mehr Hilfe

Kein Alkoholverbot in der Innenstadt

Für ein von der CDU gefordertes Alkoholverbot in der City fand sich keine Mehrheit. Die Stadtverordneten lehnten beide Anträge der CDU zu diesem Thema ab. Seit Sommer hat die CDU aus Sicht von Eva Koch, der grünen Kandidatin bei der Oberbürgermeisterwahl, keine „konkreten, praktikablen und rechtlich zulässigen Vorschläge“ unterbreitet. Denn es gehe der Fraktion nicht um eine Problemlösung, „sondern ausschließlich darum, Probleme zu skandalisieren und aufzubauen“.

„Während die CDU noch planlos Anträge schreibt, hat der Magistrat schon gehandelt“, analysiert Eva Koch die Lage. „Das Ordnungsamt bekommt mehr Personal, um die Drogen- und Trinkerszene besser überwachen zu können. Und die Straßenarbeit mit Schlichtungsfunktion der Drogenhilfe Nordhessen wird ausgeweitet.“ Ausschließlich mit Repressionen zu antworten, ist aus grünem Verständnis der falsche Weg.



NACHGEFRAGT

Während der aktuellen Fragestunde wollte die umweltpolitische Sprecherin der Grünen, Christine Hesse, wissen, welche Maßnahmen aus Sicht des Magistrats geeignet sind, **um die Luft in Kassel zu verbessern**. Der Magistrat teilte mit, dass bis zu 80 Prozent der Feinstaub- und Stickoxidbelastung durch den innerstädtischen Verkehr verursacht werde. Daher sei es nötig, dass sich die Technik bei Fahrzeugen mit Verbrennungsmoto-

ren ökologisch deutlich verbessere sowie der motorisierte innerstädtische Verkehr zugunsten von ÖPNV und Radverkehr verringere. Als repressive Maßnahme kann außerdem die Ausweisung einer Umweltzone infrage kommen.



Christine Hesse



Richtschnur für Ergänzungen

Bürgereingabe zu Kasseler Linien

Die Bürgereingabe zur KVG-Liniennetzreform fand in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit. Auch die grüne Fraktion stimmte dagegen, obwohl sie einige der geforderten Maßnahmen als sinnvoll erachtet. Der Grund für die Ablehnung: Eine Bürgereingabe lässt sich nur ganz oder gar nicht annehmen. „Durch eine Zustimmung zur Bürgereingabe hätte die Reform insgesamt auf der Kippe gestanden“, erläutert Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin, die Entscheidung ihrer Fraktion. Die Liniennetzreform ist laut der Kandidatin bei der Oberbürgermeisterwahl durch mehrere Runden öffentlicher Diskussion und die umfassende Bürgerbeteiligung deutlich verbessert worden. In

ihrer aktuellen Fassung werden die Kasseler Linien voraussichtlich für 300.000 zusätzliche Fahrgäste attraktiv. Durch die erwarteten Mehreinnahmen wird die KVG finanziell entlastet.

„Wir Grüne hatten vor der Kommunalwahl gesagt, dass wir einer Reform nur zustimmen werden, wenn das neue Netz eine Verbesserung für die Menschen ist. Das ist es“, macht Eva Koch deutlich. Es ist jetzt an der Zeit, politische Mehrheiten zu gewinnen. Falls dafür



Eva Koch

Kompromisse erforderlich sind, können die in der Bürgereingabe genannten Vorschläge als Richtschnur dienen. Bedauerlicherweise hat sich die SPD bereits gegen weitere Veränderungen der Liniennetzreform ausgesprochen.“

Versammlung muss kommen

Infos zur Liniennetzreform

Ein Antrag der Linken auf Erweiterung der Tagesordnung fand nicht die dafür nötigen 48 Stimmen, obwohl bis auf die SPD-Fraktionär*innen alle Stadtverordneten zustimmten. Die Linke wollte das Thema Bürgerversammlung zur KVG-Liniennetzreform erneut in die Diskussion bringen. Die Stadtverordnetenvorsteherin Petra Friedrich (SPD) hatte entschieden, vor der Oberbürgermeisterwahl am 5. März keinen Termin für eine Informationsveranstaltung festzusetzen.

„Die Bürgerversammlung ist eine Frage des Respekts gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die in den vergangenen zwei Jahren erheblich an der Liniennetzreform mitgewirkt haben“, betont Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen. Für die Kandidatin bei der Oberbürgermeisterwahl steht fest: „Deshalb muss die Bürgerversammlung zur Liniennetzreform stattfinden.“

Netzwerk bietet Schutz

Sexuelle Übergriffe

Zu einer Anfrage der AfD-Fraktion zu sexuellen Übergriffen an Schüler*innen äußerte sich der Magistrat. In ihrer Antwort machte Anne Janz, Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit, deutlich, dass das bestehende Netzwerk zum Schutz vor sexueller Gewalt funktioniert. Alle beteiligten Organisationen und Akteur*innen kümmern sich und tragen zu Sicherheit bei. Im Juli vergangenen Jahres hatten Schülerinnen der Herderschule von Belästigungen in der Tram berichtet. Die AfD hat den Fall aufgegriffen, um Stimmung zu machen. In einem gemeinsamen Brief hatten sich alle Fraktionen außer der AfD gegen rassistische Unterstellungen und menschenfeindlichen Anschuldigungen ausgesprochen. Die AfD stellt Asylsuchende und Migranten immer wieder unter Generalverdacht.



Weiter gute Verbindung

RegioTram bleibt in der City

Mit einer großen Mehrheit stimmten die Stadtverordneten dafür, dass die Menschen weiterhin mit RegioTrams direkt in die Königsstraße kommen können. Die FDP wollte dafür sorgen, dass demnächst keine RegioTrams mehr durch die Fußgängerzone fahren. Der Antrag wurde abgelehnt. „Die RegioTram gehört in die City, denn sie garantiert den Besucher*innen Mobilität und Barrierefreiheit und sichert den Kaufleuten eine gute Erreichbarkeit ihrer Geschäfte“, betont Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin.

Kassel steigt aus

Stadt verlässt den Schutzschirm vorzeitig

Kassel will aus dem Kommunalen Schutzschirm aussteigen. Dafür hat die Mehrheit der Stadtverordneten gestimmt. Die Stadt ist somit eine der ersten hessischen Kommunen, die den Schuldenschutzschirm des Landes verlässt. Der Magistrat soll nun einen entsprechenden Antrag an den Regierungspräsidenten stellen.

Der vorzeitige Ausstieg ist möglich, weil Kassel deutlich schneller als erwartet einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnte. Vorgesehen war zunächst, dass die Stadt erstmals 2018 einen Überschuss im ordentlichen Ergebnis hätte ausweisen müssen. Der Haushaltsausgleich ist jedoch im Ergebnis bereits 2013 gelungen. Ein Plus von etwa 60 Millionen Euro gab es von 2013 bis 2015. Das Resultat in 2015 ist das beste Ergebnis, das die Stadt Kassel seit Beginn der Aufzeichnungen er-



reicht hat. Mehr als 260 Millionen Euro an Schulden hatte das Land Hessen für Kassel getilgt. Dafür hatte die Stadt einen strikten Sparkurs eingeschlagen.



Mehr Ladestationen

Besseres Netz für Elektrofahrzeuge

„Wir wollen die Bedingungen für E-Mobilität verbessern“, sagt Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin und Kandidatin bei der Oberbürgermeisterwahl. Dazu soll der Magistrat die städtischen Werke prüfen lassen, wie sich das Ladestationennetz für Elektroautos flächendeckend ausweiten lässt. Dabei geht es unter anderem auch um weitere Anbieter im Stadtgebiet und

mögliche Kooperationen sowie um die Kosten für eine Ladestation. Einen Prüfauftrag gibt es ebenfalls dafür, ob und in welcher Form privilegierte Parkplätze an Mobilitätsschwerpunkten eingerichtet werden sollen und ob kostenloses Parken von Car-Sharing-Fahrzeugen auch auf gebührenpflichtigen Parkplätzen ermöglicht werden kann.

„Gutes Instrument“

Sozialwohnungsquote

Eine Sozialwohnungsquote für Kassel bleibt in der Diskussion. Ein Antrag der Linken soll im Stadtentwicklungsausschuss erneut diskutiert werden. Das hat die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag der Grünen beschlossen. Der Antrag der Linken sieht vor, dass bei Schaffung von Baurecht und Verkauf von städtischem Grund an private Investoren eine unbefristete Sozialwohnungsquote in Höhe von 30 Prozent eingeführt werden soll, wenn dabei mindestens vier Wohneinheiten neu entstehen. Zehn Prozent der Sozialwohnungen sollen zur Sicherung von Wohnraum für Obdachlose festgelegt werden.

Die Quote ist aus grüner Sicht zwar ein geeignetes Instrument dafür zu verhindern, dass einkommensschwache Haushalte aus ihren Stadtteilen verdrängt werden. Die wohnungspolitische Sprecherin bezweifelt, dass diese Zahlen auf Kassel passen, und plädiert dafür die Ausgestaltung zu überprüfen. „Eine soziale Mischung über alle Stadtteile hinweg und eine gute Durchmischung in den einzelnen Quartieren ist wichtig für eine gut funktionierende Stadtgesellschaft und eine Stadt, die Lebensqualität für all ihre Bewohner bietet, unabhängig vom Einkommen“, betont Joana Al Samarraie.



Joana Al Samarraie



**Fraktion
im Rathaus**

Obere Königsstraße 8, 34117 Kassel
☎ 0561 7871294, fraktion@gruene-kassel.de
www.gruene-fraktion-kassel.de